



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hagen, Maximilian von: Zentrums-Kolonialpolitik unter Bismarck

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zentrums-Kolonialpolitik unter Bismarck

Von Maximilian von Hagen in Berlin



ine im Vergleich zu den anderen Parteien ganz besondere Stellung zu den Anfängen unserer Kolonialpolitik nahm das Zentrum ein. Anfangs reserviert, wenn auch aus Rücksicht auf die missionsfreundlichen Kreise des katholischen Deutschland keineswegs prinzipiell dagegen, machte es seine Konzessionen wie in allen staatlichen Fragen von den kirchenpolitischen Dingen abhängig\*). Es stimmte dementsprechend je nach Lage des Kulturkampfes, den es immer wieder drohend ausspielte, für oder wider die neue Politik, freilich niemals ohne Einschränkungen und Hintertüren. Sobald humanitäre Fragen hineinspielten, wie die Sklaven- und Missionsfrage, die den Idealen des Katholizismus förderlich erschienen, näherte es sich dem Standpunkt der Regierung. Im Frühjahr 1885 erklärte es sich sogar „voll und ganz dabei, wenn es sich darum handle, eine gesunde, nicht abenteuerliche Kolonialpolitik ins Werk zu setzen . . . und die Ehre des Deutschen Reiches zu wahren“. Der kirchliche Charakter der Partei zwang aber dieselbe immer wieder, auch eine so außerhalb aller Parteipolitik stehende nationale Frage wie die Kolonialpolitik mit internationalen Maßen zu messen. Schon bei der Beratung des Freundschaftsvertrages mit Samoa im Sommer 1879 klagte das Zentrum, daß die Erwerbung des den Samoanern gewährten Bürgerrechtes deutschen Katholiken freiere Religionsübung gewähren würde, als sie preußischen Staatsbürgern erreichbar sei!\*\*). Als dann in der Herbstsession 1885 die Interpellation Reichensperger über die Zulassung der Jesuitenorden in den Kolonien von Bismarck abschlägig beantwortet wurde, was eine lebhafte Debatte zwischen dem Kanzler einerseits und Reichensperger, Hintelen und Windthorst andererseits zur Folge hatte, da drohte der Kulturkampf, wie wir früher gesehen haben, von neuem auszubrechen und auch die Kolonialpolitik zu gefährden.

\*) Vgl. meinen Artikel über „Bismarcks Stellung zur äußeren Mission“ in Heft 51 der Grenzboten von 1912.

\*\*) Vgl. die köstliche Karikatur bei Hüsgen, Ludwig Windthorst. Dritte Auflage. Köln 1911. Seite 331.

Denn das Zentrum suchte nach Bismarcks taktisch vortrefflicher Äußerung\*) die Sympathie der katholischen Wähler für die neue Politik dadurch zu erschüttern, daß es insinuierte, die Kolonien würden in disparitätischer Weise zum Nachteil der katholischen Konfession ausgebeutet. Zentrum und Germania, die nach Bismarcks Bemerkung\*\*) unberufene Wächter der katholischen Interessen und (paritätischen) Berechtigungen waren, „kizelten und peitschten“ denn auch sofort wieder den Kulturkampf aus Machtbedürfnis auf, indem sie an französisch-jesuitische Missionsbestrebungen ihren „höchst unpatriotischen Feldzug“ gegen die heimische Regierung knüpften\*\*\*). Der Bruch der Regierung mit dem Zentrum konnte daher nicht ausbleiben, als die katholische Presse für den Kulturkampf wieder zu werben begann. Schrieb doch die Schlesiische Volkszeitung am 3. Dezember 1885, daß die Kriegserklärung des Reichskanzlers „im katholischen Volk weithin als ein erlösendes Wort mit Jubel begrüßt“ werden würde, worauf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung das schon lange unvermeidliche Machtwort in einem äußerst scharfen Artikel aussprach.

Für die Kolonialpolitik wurde dieser Bruch glücklicherweise nicht von Bedeutung, da sie damals im wesentlichen schon abgeschlossen war. Auch fand das Zentrum mit seiner Opposition bei anderen Parteien diesmal keine Unterstützung, weil seine eigennützigen Tendenzen zu offenkundig waren. Bismarck suchte die neue Wendung schließlich dadurch zu paralytisieren, daß er das Schiedsgericht des Papstes in dem Streite um die Karolinen zwischen Spanien und Deutschland anrief: ein Mittel, das freilich, wie alle seine Versuche eines Zusammenarbeitens mit dem Papste über den Kopf des Zentrums hinweg, wenig Eindruck hinterließ und die Richtung der deutschen Ultramontanen kaum beeinflusste, weil, nach Bismarcks Erklärung†), der Partei- und Fraktionsgeist des Zentrums sich immer stärker erwies als ihr geistliches Oberhaupt! Auch in dieser Frage zeigte die Partei wenig Verständnis für die Einmischung des Papstes, sondern bewies auch hier, daß Windthorst's Wort vom 3. September 1885 in Münster „Der Greis im Vatikan regiert doch die Welt“ auf das Zentrum keine Anwendung findet, sobald die kirchlichen Interessen seinen politischen einmal widersprechen. So unzufrieden aber auch das Zentrum mit der Form des Nachgebens in der Karolinenfrage sein mochte: die Tatsache billigte es, wie überhaupt alle Oppositionsparteien — was der Schande halber besonders betont werden muß — nur der negativen Seite der Bismarckschen Kolonialpolitik, d. h. allen offiziellen Verzicht, ihre restlos zustimmende Anerkennung gaben.

Die Hauptkämpfe in den kolonialpolitischen Debatten des Zentrums waren natürlich Windthorst und außerdem der Hilfssenator am Leipziger Kammergericht Rintelen. Der erste Psuirufer und spätere langjährige Präsident des Reichstags,

\*) Reden XI 254.

\*\*) Reden XI 253, 278.

\*\*\*) Reden XI 287 bis 292.

†) „Gedanken und Erinnerungen“ II 153.

Graf Ballestrem, Kammerherr des Papstes, lehnte mit Rücksicht auf die seiner Partei seit Jahren von der preußischen Regierung zuteil werdende Behandlung am 27. Juni 1884 die Dampfersubvention für seine Partei ab, da sie sich auf das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen gründe, das dem Zentrum zurzeit fehle. Stephan bedauerte damals mit Recht, daß nationale Fragen von so kläglichem Parteistandpunkte aus behandelt würden. Hintelen verwarf die Dampfervorlage am 13. März 1885, weil sie der Kolonialpolitik diene, die das Zentrum ablehne, bewilligte aber schließlich die ostasiatische Linie als Versuch mit Rücksicht auf die ungeheuer große Masse der dort wohnenden konsumtionsfähigen Bevölkerung. In langer Rede suchte er damals nachzuweisen, daß das Zentrum nicht a priori gegen Kolonien sei, sondern nur gegen die betreffenden Kolonien, die er mit seiner Partei allerdings für „reines Flittergold in der Ruhmeskrone Deutschlands“ halte und nicht der Gefahren für wert erachte, wie sie eine Verteidigung aller Kolonien durch Krieg und Blutsteuern immer verursacht hätten. Im Namen des Zentrums weigerte er sich daher, den von der Presse großgezogenen Kolonialchauvinismus mitzumachen.

Windthorst\*), „der absolute Leiter des Zentrums“, dem Kanzler als „der erste Parlamentarier großen Stiles im Deutschen Reiche“ allein gewachsen und als „Förderer der legalen Persektion“ und als „Minderer“ des Reiches für den Haß geradezu unentbehrlich\*\*), bekämpfte mit virtuosenhafter Dialektik, auch hier freilich nicht selten „unbeeinflusst durch Detailkenntnisse“ und einen jägerhaften Gang zur Übertreibung\*\*\*), wie in der Sozialisten- und Militärfrage so auch in der Kolonialfrage vor allem jedes Moment, das zur Stärkung der staatlichen Omnipotenz beitragen konnte, die er ja alle Zeit im Interesse der Kirche einzuschränken suchte. Auch hier erwies er sich als unermüdblicher Vorkämpfer seiner Sache, als „parlamentarischer Advokat im höchsten Sinne des Wortes“, als Politiker und Diplomat, aber nicht als eigentlicher Staatsmann, der das Wesen und die Bedürfnisse seines Landes tief und wahrhaft versteht. Doch sprach er sich auch hier je nach dem Stande der Beziehungen des Zentrums zur Regierung für oder gegen ihre Vorlagen aus: wie sein großer Antipode ohne jede Absicht schöne Reden zum Fenster hinauszuhalten, selten freilich auch ohne jesuitische Reserve, bei der seine wahren Gedanken und Entschlüsse strittig waren†).

\*) Vgl. die schon erwähnte Biographie Hüsgens, die freilich über Windthorst's Stellung zur Kolonialpolitik wenig Aufschluß gibt. Völlig unergiebig für unsere Frage, die auf S. 238 mit einem einzigen, nichts sagenden Satz abgetan wird, ist J. Knopp, L. Windthorst, Dresden 1898. Ueber Windthorst als Politiker vgl. vor allem Nachsahl, Preußische Jahrbücher, 135, 460 ff. u. 136, 56 ff., auch Bachem, Sonderabdruck aus dem Staatslexikon der Görresgesellschaft V, Freiburg 1912.

\*\*) Busch, Tagebuchblätter III und Grenzboten 1886 IV 49 ff.

\*\*\*) Bachem, a. a. O. 19, Reden X 425.

†) Hüsgen 67, Reden XI 107, 273 ff.

In einer bedeutsamen und weitfichtigen Rede<sup>1)</sup>, die freilich mit ihrem rationalistischen, durch den Satz „Der deutsche Charakter eignet sich nicht für großen Enthusiasmus“ motivierten Ton, erkältend auf die Kolonialbegeisterung wirken sollte<sup>2)</sup> — warnte er bei dem außerordentlich wichtigen politischen und finanziellen Schritt, vor dem Deutschland stehe, vor Übereilung, die seine vortrefflich vorausgesehenen Folgen nur ungünstig beeinflussen werde. „Neue Bahnen im Völkerleben“ wollte er „langsamem Schrittes“ und „mit Bedacht“ betreten sehen<sup>3)</sup>. Nur eine weise und wohlüberlegte, eine vernünftige Kolonialpolitik glaubte er mit seiner Partei opferwillig unterstützen zu können<sup>4)</sup>. Doch wünschte er diese niemals durch „schöne Worte und billige Redensarten“ zu Ausgaben hinzureißen, die den Wähler und Steuerzahler belasten würden.

Bismarck, der von seinem Standpunkt aus Windthorst's Argumenten aus persönlichen und staatlichen Gründen nie völlig gerecht werden konnte, bedeutete ihm in einer ironischen Analyse seiner Rede, daß die Bewilligungen zur Kolonialpolitik nach beiden Seiten — der positiven wie negativen, ablehnenden oder hinhaltenden — von außerordentlicher Bedeutung seien<sup>5)</sup>, daß aber eine Verzögerung der Vereitelung gleichkäme, da ihm eben höchste Eile geboten schien, wenn Deutschland überhaupt Kolonien wolle. In der Mahnung Windthorst's zur größten Vorsicht sah er daher nur Abneigung gegen jede Kolonialpolitik, deren Berechtigung er von seinem Standpunkt aus zu verstehen vorgab<sup>6)</sup>. In Windthorst's Vorliebe für Kommissionsverweisung<sup>7)</sup> erblickte er nur bewußte Obstruktion und nicht die Absicht sachlicher Prüfung, obwohl Windthorst diesem Vorwurf von vornherein zu begegnen suchte<sup>8)</sup>. Freilich ging der Zentrumsführer in seiner Obstruktion einmal (in der Budgetkommission vom 27. Juni 1884) soweit, den Abbruch einer von ihm selbst bewilligten Kommissionsitzung zu verlangen, um damit die Verhandlungen über Dampfersubvention und Kolonialpolitik in der Frühjahrsession 1885 unmöglich zu machen. Wo aber Windthorst selbst einmal Kolonialanträge stellte, da entgegnete Bismarck schlaue, er tue es der kolonialbegeisterten katholischen Wähler wegen<sup>9)</sup>. Tatsächlich trat Windthorst aber nur dann für Kolonialpolitik ein, sobald sie den Interessen seiner Partei

1) Über Windthorst's kolonialpolitische Reden muß man in den stenographischen Berichten des Reichstags nachlesen, da die sehr tendenziös ausgewählten Reden des Staatsministers a. D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst (3 Bände, Osnabrück 1902) bezeichnenderweise nichts enthalten, was Windthorst's feindliche Stellung gegen Bismarck's Kolonialpolitik charakterisieren könnte.

2) Reden X 409.

3) Reden XI 86.

4) Reden XI 272.

5) Reden XI 140.

6) Reden X 429.

7) Reden X 145.

8) Reden X 409.

9) Reden XI 274.

entsprach, während er sich später offen als Gegner bekannte, weil die Lage des Reiches zwischen den zwei größten Militärmächten eine Zersplitterung seiner Kraft nicht vertrage\*). Bismarcks Vorwurf, daß das Zentrum prinzipiell gegen die Kolonialpolitik sei, beantwortete Windthorst am 10. Januar 1885 mit der bedenklichen Phrase: „nicht für jede, aber für eine richtige sind wir sehr.“

Im Grunde wollte er nach seinen Reichstagsreden vom 9. und 10. Januar und vom 2. März 1885 nur für „geeignete“, am liebsten Ackerbaukolonien, die der Auswanderung dienten, Geld bewilligen. Bismarck aber betonte\*\*), daß die beschauliche Art des Abwartens, ob nicht etwas besser gebratene Tauben den Deutschen in den Mund fliegen würden, auf die Kolonien keine Anwendung finden könne. Denn in der Tat wäre die Regierung dann nie in die Lage gekommen, sich die Frage vorzulegen, ob sie zugreifen sollte, bei dem was sich an Kolonien überhaupt noch bot. Als Windthorst im Sinne Bambergers und seiner Genossen schließlich vor einer Billigung der eingeschlagenen Richtung auf die Autorität der dabei interessierten großen hanseatischen „Handelskönige“ hin warnte, da antwortete Bismarck, daß eine Förderung der kapitalistischen Interessen (im Dernburgschen Sinne) auch in den Kolonien dem Mutterlande Vorteile bringe und daß er dem Urteil der Überseepioniere, die die Länder zur Ausbeutung ausgewählt hatten, mehr vertraue als irgendeinem heimatischen Kritiker.

Für bedenklich hielt Windthorst — und er befand sich dabei in voller Übereinstimmung mit August Reichensperger, der in einer Abschiedsrede an seine Wähler in Krefeld am 12. Oktober 1884 die Stellung des Zentrums gegenüber der Kolonialpolitik rechtfertigte\*\*\*) — bei aller Kolonialpolitik vor allem die Konsequenzen an stetig wachsenden Kosten und an neuen Reibungspunkten, die sie für Deutschland bei der dadurch bedingten Kräftezerpflünderung mit sich bringen würden. Zur Beschwörung internationaler Verwicklungen machte er daher, unter berechtigtem Hinweis auf die in England erwachte Eifersucht, die neue Politik von einer Höherentwicklung der Marine abhängig, deren Kosten er neben denen für das Landheer seinen Wählern nicht zumuten wollte. Bismarck aber betonte damals†), daß das von Windthorst geforderte Ziel einer Seemacht, die die Kolonien auch schützen könne, ohne irgend eine andere Macht fürchten zu müssen, für Deutschland überhaupt unerreichbar sei. Denn nach seinen kontinentalen Anschauungen über die Flottenpolitik††) bedurfte Deutschland niemals einer Marine ersten Ranges. Andererseits aber

\*) S. 295.

\*\*) Reden XI 141.

\*\*\*) Vgl. Pastor, Reichensperger II 218. Ob sich Reichensperger freilich wirklich so wenig mit den Problemen der Kolonialpolitik — sei es mit positivem oder negativem Ergebnis — abgegeben hat, wie es nach Pastors Buch erscheint, ist bei dessen eigenartiger Stoffauswahl (vgl. S. Onken, Historische Zeitschrift 88, 247 ff.) nicht zu entscheiden.

†) Reden X 414 ff.

††) Vergleiche meine Ausführungen über Bismarcks Flottenpolitik: Grenzboten 1910, II 492 f.

bemerkte er, daß die Flottenverstärkung, wie sie der Reichstag in seltener Einmütigkeit in den Lesungen vom 18. bis 28. März bewilligt hatte, auch ohne Kolonialpolitik unabweislich gewesen wäre, seitdem der Handel einen ungeahnten Aufschwung genommen habe\*). Hieraus erhellt, daß er den Zusammenhang der Dampfersubventionsvorlage mit einer vorbedachten Kolonialpolitik ganz ablehnen wollte . . .

Um zu einer Beurteilung des Wertes der parlamentarischen Kritik an der Bismarckschen Kolonialpolitik zu gelangen, mag — nachdem wir im vorigen Heft auch die Opposition des Freijinns kennen gelernt haben\*\*) — der Vollständigkeit halber noch der anderen Fraktionen anhangsweise kurz gedacht werden.

Da sind zuerst vor allem die Nationalliberalen zu nennen, die unter den Regierungsparteien die Hauptstütze für die neue Politik bildeten. Während die dieser Fraktion zugehörigen praktisch-interessierten Kaufleute wie Meier und Boermann den Kolonialhoffnungen skeptischer gegenüberstanden, wenn sie auch dringenden Regierungsvorlagen nie ihre Zustimmung versagten, sorgte die Parteileitung besonders durch das Verdienst Hammachers für eine kräftige Förderung der neuen Überseeziele. Die Konservativen verhielten sich, gestärkt durch die neue Wirtschaftsgefeßgebung, in ihrem extremeren Flügel unter Holstein abwartend, in ihrem liberaleren unter Hellendorf allmählich geneigter. Ein Überwiegen freihändlerischer Ideen mit ihrer Abneigung gegen Kolonien überhaupt wirkte auch hier noch vielfach mit, doch fehlte den rechtsstehenden Parteien niemals der gute Wille zur Durchsetzung der kolonialpolitischen Regierungsvorlagen. Dabei sei freilich bemerkt, daß dies nicht selten weniger aus Überzeugung von ihrer Notwendigkeit und Dringlichkeit als vielmehr aus parteitaktischem Selbsterhaltungstrieb geschah, der eine Vermehrung der kompakten „geborenen“ Majorität von fünf Achtel Oppositionsmännern\*\*\*) durch die Uneinigkeit der rechtsstehenden Parteien nicht zuließ.

Was endlich die Stellung der Sozialdemokratie anlangt, so genügt ein allgemeines Wort mit dem Hinweis auf die Ausführungen des holländischen Sozialisten van Kol bei den Verhandlungen über Militarismus und Kolonialpolitik auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart im August 1907, der den Genossen den Unverstand der deutschen Sozialdemokratie im Unterschied zur britischen und holländischen in Kolonialfragen vorhielt†). In der Tat bewies die Sozialdemokratie von allem Anfang an absolut kein Verständnis für die eminent soziale Bedeutung der Kolonialpolitik, die mit allen ihren Folgen auf dem Weltmarke der Hebung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen besonders förderlich ist. Ihre Stellung zur Kolonialpolitik war, wenn man von

\*) Reden XI 110.

\*\*) Dort ist auf Seite 200, Zeile 4, der ersten Anmerkung, „in der Wahl“ statt „in die Wege“ zu lesen.

\*\*\*) Nach Bismarcks Berechnung, Reden X 260.

†) Deutsche Kolonialzeitung 1909, S. 746 f.

der Postdampfervorlage absteht, deren Bedürfnis — natürlich mit Abstrichen! — auch die Sozialdemokraten, u. a. Singer, anerkannten, entsprechend indifferent oder ablehnend. Bebel bekümmerte sich überhaupt erst seit 1889 um Kolonialpolitik. Liebknecht lehnte sie in langen Reden vom 24. November 1884 und vom 4. März 1885 ab. Er hielt Kolonien für wertlos mit der Begründung, daß sie heutzutage nur den Schnaps- und Pulverkapitalisten zugute kämen, wie die englischen Kolonien beweisen sollten. Er machte darum das Wettrennen nach Kolonien, diesen „Totentanz der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, die ihre letzten Karten ausgespielt hat und ihren Bankrott proklamiert“, nicht mit. Denn er wußte aus der englischen Geschichte, daß Kolonialbesitz nicht vor Überproduktion und Übervölkerung schütze und befürchtete darum, daß die Kolonialpolitik — woran wie wir wissen Bismarck niemals dachte — die soziale Frage exportieren wolle, während diese nach seiner Überzeugung nur im Lande gelöst werden könne. Diese Andeutungen genügen, um einzusehen, daß Bismarck sich mit der Sozialdemokratie überhaupt nicht in Diskussionen über Kolonialfragen einlassen konnte\*).

Ein Rückblick auf diese parlamentarischen Kämpfe lehrt, wie schwer es war, den Vertretern des deutschen Volkes den kolonialen Gedanken einzupfropfen und wie wenig es gelang, ihn von den Schlägen der Parteipolitik freizuhalten. Wenn trotzdem nicht nur die Erwerbung der Kolonien, sondern auch ihre Erhaltung erreicht wurde, so leuchtet Bismarcks Verdienst um so strahlender aus der Vergangenheit in eine aussichtsreiche Zukunft.

Noch einmal aber wollen wir uns auch der Abgeordneten von damals annehmen, deren Lage nur zu leicht zu falscher Beurteilung führen könnte. Sicherlich war es für den kontinentalen Horizont aller, auch der Verständigsten, nicht einfach, in den neuen weltpolitischen Richtlinien zurechtzufinden. Darum handelten auch die schärfsten Gegner zum größten Teil nach bestem Wissen und Gewissen: von den drei Hauptmatadoren der Opposition Windthorst, Richter und Bamberger, die beiden letzteren bestimmt. Die Vorteile jeglicher Kritik wollen auch hier nicht übersehen sein. Auch der Widerspruch des Freisinns und des Zentrums war heilsam, insofern er allzu hoch gespannte Erwartungen aufs rechte Maß herabzustimmen wußte und auf Gefahren finanzieller und politischer Art, auf Kosten, Kolonialkriege und internationale Verwicklungen hinwies, die als sie kamen, wenigstens nicht mehr überraschend wirkten. Auch mit Bismarcks zag-

\*) Daß sich die Ansichten der Sozialdemokratie gegen die „kapitalistischen, militaristischen und chauvinistischen Sonderbestrebungen“ in der Kolonialpolitik noch nicht geändert haben, zeigen außer den Parteitag und den Parlamentsreden besonders die Schriften des inzwischen aus der Partei ausgestoßenen Revisionisten Gerhard Hildebrand (Sozialistische Auslandspolitik, Jena 1911, Sozialistische Monatshefte, September 1911, Koloniale Rundschau 1911, S. 22 ff. u. a. m.), die vergebens eine Befehung der Sozialdemokraten zu den Aufgaben der Kolonialpolitik versuchten. Der letzte Grund der Unversöhnlichkeit dieser Partei liegt freilich in der Erkenntnis, daß Kolonialpolitik ohne Kapitalismus unmöglich ist. Vgl. Peters, Zur Weltpolitik 125 ff.

haftem Herangehen an die Probleme der Kolonialpolitik, wie sie selbst noch die Thronrede vom 20. November 1884 zum Ausdruck brachte, wird man eine solche kritische Prüfung und Hemmung der neuen Politik durch den Reichstag in der Absicht, Übereilungen zu verhüten, rechtfertigen können. Unhaltbar war solche Parlamentskritik nur, wo sie die Kolonialpolitik als ein Geschäft aufsaßte, das sich im Augenblick rentieren müsse, und nicht unter dem allein denkbaren Gesichtswinkel des Staatsmannes betrachtete, der ewige Politik treibt. Man sieht auch hier: im Grunde konnte den Kolonien von der Parteien Gunst und Haß nichts Gutes kommen, weil diesen immer die Voraussetzungen des wahren Staatsmannes fehlen werden, der sich mit den Tendenzen seines Landes identifiziert. Es ist daher auch eine logische Notwendigkeit, wie es geschichtliche Tatsache ist, daß damals allein Bismarcks staatsmännische Größe nach Möglichkeit die universal-historischen Probleme und Perspektiven der Kolonialpolitik über sah, wenn auch ein absichtliches Hineinführen Deutschlands in die Bahnen der „Welt politik“ als mit seinen kontinentalen Grundanschauungen unvereinbar durchaus abzuweisen ist.



## Sturm

Roman

Von Max Ludwig Dohm

(Elfte Fortsetzung)

Mit puterrotem Kopf verließ Evi den Saal. Aber sie dachte gar nicht daran, ihr Zimmer aufzusuchen. Eine Weile stand sie und lauschte, ob ihr vielleicht jemand nachkam. Dann nahm sie rasch aus dem Ständer im Vorsaal Sandbergs Jagdgewehr und glitt wie ein Wiesel die Treppe zur Küche hinab. Hier entriegelte sie die Hintertür und entwichte auf den Hof.

Drüben im Seitenflügel brannte noch Licht. Dort im Parterre hatte Sandberg sein Quartier. Sie schlich quer über den Hof und spähte durch die Vorhänge. Er war dabei, das weiße Eichhörnchen auszustopfen und nähte gerade eben den Balg zu.

„Der wird mir recht geben, wenn ich ihm die Geschichte erzähle!“ dachte Evi auf ihrem Lauscherposten. „Aber wenn ich jetzt klopfte, erschrecke ich ihn, den guten Kerl. Er will mich sicher damit überraschen . . . Und dann, wer weiß, ob er mich nicht sofort wieder ins Haus schickt!“

Wie ein Trapper kam sie sich vor, als sie jetzt, das Gewehr zum Schuß bereit, durch das Dunkel huschte. Und sehr ernst nahm sie die Aufgabe, in